



**Stadt  
Luzern**

Stadtrat

## **Stellungnahme**

zum

### **Postulat**

### **Nr. 80 2010/2012**

von David Roth und Nina Laky namens der  
SP/JUSO-Fraktion vom 28. Juni 2010  
(StB 1086 vom 15. Dezember 2010)

**Wurde anlässlich der  
15. Ratssitzung vom  
27. Januar 2011  
überwiesen**

### **Problemlösung bei Kinderbettelei**

Der Stadtrat nimmt zum Postulat wie folgt Stellung:

Mit dem vorliegenden Postulat wird der Stadtrat aufgefordert, sich – nach dem Vorbild der Stadt Bern – am Wiener Projekt „Drehscheibe Augarten“ zu beteiligen. Die „Drehscheibe“ kümmert sich um Kinder, die genötigt werden zu betteln, und führt sie ins Herkunftsland zurück, wo sie von einer Partnerinstitution betreut werden.

Besonders in den Sommermonaten treten in mittel- und westeuropäischen Städten vermehrt bettelnde Minderjährige, teilweise auch als Strassenmusikanten getarnt, sowie Taschen- und Ladendiebe in Erscheinung. Oft handelt es sich dabei um Kinder aus Bulgarien und Rumänien, vereinzelt auch aus dem Balkan. Das Problem wurde bislang der urbanen Kriminalität zugeordnet, und die Delikte wurden durch die Uniformpolizei geahndet. In letzter Zeit hat sich aber die Einsicht durchgesetzt, die Kinder und Jugendlichen nicht als eigenständige Täterinnen und Täter, sondern als Instrumente organisierter Kriminalität und Opfer von Menschenhandel zu sehen.

Die Stadt Luzern war in den letzten Jahren in sehr unterschiedlichem Ausmass mit solchen Fällen konfrontiert. Auch andere Städte berichten davon, dass die Häufigkeit und Dichte solcher Vorkommnisse stark schwankt, und der Sommer 2010 war diesbezüglich eine ereignisarme Zeit. Der Schweregrad der Thematik, die Formen von schwerer Kinderarbeit, häuslicher Knechtschaft und illegaler Adoption bis hin zu sexueller Ausbeutung und zum Organhandel aufweist, ist für den Stadtrat jedoch Grund genug, um aktiv zu werden.

Das im Postulat beschriebene Projekt „Drehscheibe Augarten“ geht in der Stadt Wien dieses Problem nachhaltig an und arbeitet mit Partnerorganisationen in den Herkunftsländern der Kinder und Jugendlichen zusammen. Die Stadt Bern hat – in Zusammenarbeit mit Bund, Kanton und Nichtregierungsorganisationen – dieses Modell übernommen. Dabei wurde im Sinne einer Übergangslösung eine Übereinkunft mit der „Drehscheibe“ abgeschlossen. Sie sieht vor, dass Kinder und Jugendliche, die in Bern aufgegriffen werden, über die „Drehscheibe“ Wien in ihr Herkunftsland zurückgeführt werden können.

Längerfristig muss für die Schweiz jedoch eine eigene Lösung gefunden werden. In Absprache mit dem Bund hat deshalb der Schweizerische Städteverband die Federführung zur Erarbeitung einer gemeinsamen Strategie übernommen. Dies nicht zuletzt im Zusammenhang mit der Erfüllung einer Forderung aus dem überwiesenen Postulat 374, Silvio Bonzanigo namens der CVP-Fraktion, vom 11. März 2008: „Strassenmusik von Kindern verhindert Bildung und missachtet das Verbot der Kinderarbeit“, welche den Stadtrat aufgefordert hat, die Thematik auf schweizerischer Ebene einzubringen.

Ein erstes Arbeitstreffen, an dem auch ein Vertreter der Stadt Luzern anwesend war, hat bereits am 30. Juni 2010 stattgefunden. Inzwischen hat sich ein Ausschuss dieses Arbeitstreffens mit der Entwicklung von möglichen Strategien auseinandergesetzt und erarbeitet entsprechende Vorschläge. Die nächste Austauschitzung, an der mögliche gemeinsame Massnahmen diskutiert werden, ist für den 27. Januar 2011 vorgesehen. Die Stadt Luzern wird auch an diesem Treffen teilnehmen, das Thema weiterverfolgen und sich für eine gemeinsame Lösung einsetzen.

#### **Stellungnahme des Kinderparlaments und des Jugendparlaments**

Der Stadtrat hat seine Antwort dem Kinder- und dem Jugendparlament zur Stellungnahme zugestellt. Beide Parlamente finden es sehr gut, dass die Stadt Luzern in diesem Bereich aktiv wird und insbesondere, dass sich der Stadtrat für eine gesamtschweizerische Lösung einsetzt.

**Der Stadtrat nimmt das Postulat entgegen.**

Der Stadtrat von Luzern

